Nr. 4 | 11. November 2022

AZB / 4001 Basel / Post CH AG

FDP
Die Liberalen

46. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Basel-Stadt

BASLER FREISINN

Selber entscheiden.

Biozentrum-Debakel
Leitartikel von Erich Bucher — Seite 1

Weil eine bessere Schule möglich ist
Vorwort von Elias Schäfer — Seite 3

Abschied und neues Engagement im Bürgergemeinderat
Heidi Keller tritt zurück
Waler Brack neu im Bürgergemeinderat
Aus der Grossratsfraktion
FDP macht Druck für digitale Verwaltung — Seite 4

Agenda, Parolen
Parteitag interaktiv
Aberau — Seite 5

FDP Frauen Basel-Stadt
Generalversammlung der FDP Frauen 2022
Kommentar von Sandra Korosec Jensen
Rolle der Frau in unserer Gesellschaft — Seite 6

Kultur vs. Sport
Kulturstadt Basel will sich weiteren Ast absägen
Petition
Nein zu Tempo 30 auf Hauptstrassen — Seite 7

FDP Riehen-Bettingen
Die FDP Riehen-Bettingen neu mit zwei Vize-Präsidentinnen
FDP Frauen
Sexualisierte und öffentliche Gewalt — Seite 8

Jungfreisinn
Erfahren Sie mehr über Nicolai Bleskie
FDP Grossbasel West
Zukunft Gas in Basel — Seite 9

Biozentrum-Debakel

FDP verlangt Korrektur bei Finanzierung

Der Bericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) hat zutage gefördert, dass während der gesamten Projekt- und Bauphase des Biozentrums elementare Fehler begangen wurden. So wurden schon bei der Projektausschreibung unzweckmässige Auswahlkriterien definiert und das Projekt und dessen Ausführung in der Folge mangelhaft überwacht. Der Lenkungsausschuss, in dem die Regierungen prominent vertreten waren, hat dabei seine Oberaufsicht nicht wahrgenommen.

Bauskandal hinterlässt tiefe Spuren

Für die FDP inakzeptabel ist überdies der Umstand, dass die beiden Regierungen von Baselland und Baselstadt die Universität Basel faktisch zur Bevorschussung der Mehrkosten verpflichtet haben. Die Partei fordert in einer Motion, dass diese Vorfinanzierung rückabgewickelt wird. Die Universität muss mit ihren Geldern den Lehr- und Forschungsauftrag erfüllen und nicht die Mehrkosten des Gebäudes finanzieren. Dem Vertrag zur Erstellung des Biozentrums ist klar zu entnehmen, dass die beiden Kantone sämtliche Mehrkosten je hälftig übernehmen müssen.

Verspätetes Eingeständnis seitens Regierung

Inzwischen hat die Regierung nach initial verzögerter Reaktion und Einsicht offen kommuniziert und die Vermutung der PUK bestätigt, dass man aus Angst vor einem Baustopp bereit war, aktiv Parlamentsdebatten zu vermeiden. Nur so liess sich laut Regierung eine Katastrophe abwenden.

Erich Bucher, Fraktionspräsident

Impressum: Herausgeberin/Redaktion/Inserate: FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern, T: 031 320 35 35, F: 031 320 35 00, E: info@fdp.ch, www.fdp.ch. **Kantonalteil:** Redaktion Basler Freisinn, 4000 Basel, T: 079 937 39 94, E: info@fdp-bs.ch, www.fdp-bs.ch. **Layout:** CH Regionalmedien AG, www.chregionalmedien.ch.
Druck: CH Media Print AG, www.chmediaprint.ch

Inhalt

3–9 Basler Freisinn

10 FDP setzt sich für 5G ein

11 Wir sagen DANKE

12/13 Interview mit der neuen Vizepräsidentin Alessandra Gianella

14/15 Karin Keller-Sutter blickt auf ein intensives Jahr zurück

16/17 Rückblick auf die Herbstsession

18 FDP Zug gewinnt bei den kantonalen Wahlen

19 Ausblick auf die Wahlen in Baselland

20/21 Tag der FDP in Burgdorf

22 Verbände lancieren «Perspektive Schweiz»

23 Wahlbarometer und Kolumne

Das liberale Feuer brennt!

2023 stehen uns Richtungswahlen bevor

Liebe Freisinnige

Am 22. Oktober durfte die freisinnige Familie in Burgdorf ein fulminantes Fest feiern. Exakt ein Jahr vor dem Wahltermin stimmten sich 900 Freisinnige im Beisein von Bundespräsident Ignazio Cassis und Bundesrätin Karin Keller-Sutter gemeinsam auf den Wahlkampf ein. Die FDP ist bereit für einen erfolgreichen Wahlkampf:

› Wir sind schlagkräftig und kommunizieren mit klarer Kante. Nicht nur in der Sicherheitspolitik lancierten wir mutig Themen, an denen sich die anderen Parteien abarbeiten müssen.
› Wir haben in anspruchsvollen Bereichen wie Klima, Energie oder Europa mit der Verabschiedung von Positionspapieren unsere Reihen geschlossen.
› Wir beweisen unseren Ideenreichtum und unsere Gestaltungskraft mit gleich zwei eingereichten Initiativen, die beide für urliberale Anliegen stehen: die Renteninitiative der Jungfreisinnigen für eine solide Finanzierung unserer Altersvorsorge sowie die Individualbesteuerungsinitiative der Frauen für die freie Lebensgestaltung.

Richtungswahlen 2023

Klar ist, die nächsten zwölf Monate werden für unsere Partei entscheidende Monate. Doch viel wichtiger ist: Es werden entscheidende Monate für unser Land! Die eidgenössischen Wahlen 2023 sind eigentliche Richtungswahlen für die Schweiz. Denn jede Bürgerin und jeder Bürger muss sich die Frage stellen, wie sich die Schweiz in Zukunft angesichts der aktuellen Verwerfungen, Kriege und Krisen zu positionieren hat.

Wer das Erfolgsmodell Schweiz erhalten will, wählt FDP

Das Präsidium definierte vor einem Jahr drei Schwerpunktthemen: Wirtschaftspolitik, Altersvorsorge und Sicherheit bzw. Versorgungssicherheit. Heute sind die Themen aktueller denn je. In einem Jahr können sich die Schweizerinnen und Schweizer entscheiden, ob sie mittel- und langfristig eine möglichst CO_2-freie aber sichere Stromversorgung – und damit Wohlstand – oder ob sie lieber irgendwelchen Wunschvorstellungen und nicht einlösbaren Versprechungen folgen wollen. Ebenso kann sich das Stimmvolk entscheiden, ob es eine Schweiz wünscht, die eindeutig zu Werten wie Demokratie, Liberalismus, Rechtsstaat und Menschenwürde steht. Eine Schweiz, die im Notfall auch gewillt und in der Lage ist, diese Werte zu verteidigen. Wer Liberalismus, soziale Marktwirtschaft, Eigenverantwortung und freiheitliches Handeln erhalten will, der wählt in einem Jahr FDP!

Die FDP gewinnt!

Die FDP hat in den kantonalen Wahlen der letzten Monate zugelegt, soeben durften wir uns wieder über Sitzgewinne und ein erfolgreiches Wahlresultat bei den Gesamterneuerungswahlen im Kanton Zug freuen. Gemäss jüngster SRG-Wählerumfrage legen wir gegenüber 2019 um 1 Prozent zu. Im Vergleich zur SRG-Umfrage vom Oktober 2021 weist die FDP damit einen Zuwachs von plus 2,5 Prozent auf! Das stimmt mich zuversichtlich, denn es bestätigt den Trend auch von anderen Umfragen. Wir wollen – und werden – die liberale Politik in unserem Land stärken, Wähleranteil gewinnen und die SP überholen. Das liberale Feuer brennt lichterloh!

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Weil eine bessere Schule möglich ist

Vorwort von Elias Schäfer

Elias Schäfer

Wir Freisinnigen haben im September unsere Vorschläge präsentiert, um die Basler Schulen besser zu machen. Für zu viele Schülerinnen und Schüler erreicht die Basler Volksschule heute trotz grossem Mitteleinsatz ihre Bildungsziele nicht. Sie schneidet in zahlreichen interkantonalen Vergleichen schlecht bis sehr schlecht ab. Die Gründe hierfür sind vielfältig, denn die Schule ist ein komplexes System. Lehrpersonen, Schulleitungen sowie die Bildungsverwaltung und die Politik müssen ihren Beitrag leisten, damit die Volksschule besser wird und den Ansprüchen des Wirtschaftsmotors und Bildungszentrums Basel gerecht wird.

Volksschule als Grundlage jeglicher Bildungsbemühungen

Leider war gerade die Politik in den vergangenen Jahren untätig. Man hat es sich mit der Erklärung, Basel habe eben einen hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund bequem gemacht und dabei akzeptiert, dass mit der Qualität der Volksschule ein wichtiger Pfeiler der Chancengerechtigkeit in unserer Gesellschaft geschwächt wurde. Hier wollen wir Freisinnigen gegensteuern und haben entsprechend Vorschläge vorgestellt und Vorstösse eingereicht, die unser Bildungssystem an verschiedenen Punkten verbessern würden. Dabei lag der Fokus auf der Volksschule, da sie die Grundlage für jegliche weiteren Bildungsbemühungen legt.

Wir fordern, dass für Kinder mit Entwicklungsverzögerungen in der Primarschule an allen Schulstandorten Einführungsklassen, d. h. die erste Primarschulklasse wird über zwei Schuljahre absolviert, angeboten werden. Wir präsentieren verschiedene Massnahmen zur Frühförderung in der Unterrichtssprache Deutsch, damit auch alle Kinder dem Unterricht folgen können. Wir schlagen vor, dass in Zukunft die Ausbildung zur Primarlehrperson auch über eine Berufsbildung möglich sein soll. So wird der Beruf zugänglicher und der Praxisbezug der Ausbildung gestärkt.

Wir regen an, dass Lehrpersonen an der Volksschule wie in Genf im Regelfall keine Kleinpensen mehr erhalten, um die Kontinuität im Unterricht zu erhöhen und dem Lehrermangel vorzubeugen. Wir fordern, dass Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger nach der Berufslehre Weiterbildungsgutscheine erhalten, um die Attraktivität der Berufslehre zu steigern und die Ungleichbehandlung gegenüber der gymnasialen Matur auszugleichen. Und schliesslich erwarten wir, dass Transparenz bezüglich der Leistungsniveaus der verschiedenen Schulstandorte auf der Sekundarstufe geschaffen wird.

Mit den Vorstössen den Finger auf die richtigen Stellen gelegt.

All diese Vorschläge zeigen auf, wo im Schulsystem Verbesserungen möglich sind. Es handelt sich nicht um eine Revolution des Schulsystems, sondern um viele kleine Puzzleteile, die zusammen helfen können, allen Kindern eine bessere Bildung zu ermöglichen. Dieses Ziel ist unbestritten und so fielen auch die Rückmeldungen auf unsere Vorschläge von unterschiedlichen Seiten positiv aus. Und selbst dort, wo unseren Forderungen widersprochen wurde, wurde zumindest bestätigt, dass wir den Finger auf die richtige Stelle gelegt haben. Das haben wir auch an unserem letzten Parteitag erlebt, als wir die Forderungen mit Franziska Roth, der Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates, und Jean-Michel Héritier, dem Präsidenten der Freiwilligen Schulsynode in einem offenen Austausch besprochen haben.

Vergleich der Leistungsniveaus als Mittel zur Verbesserung der Schulstandorte

Insbesondere die Forderung nach mehr Transparenz gab aber in den Medien Anlass zu verkürzten Darstellungen bis hin zu billiger Polemik ehemaliger Verantwortungsträger, welche der Sache inhaltlich nicht gerecht werden, dafür aber offenbaren, was in der Diskussion über die Basler Schulen falsch läuft. Inhaltlich wurde die Forderung nach Transparenz bei den Leistungsniveaus der Schulstandorte auf den Wunsch nach einem Ranking der Schulstandorte reduziert, welches dann in einer Wettbewerbslogik zulasten der Kinder und der Lehrpersonen genutzt werden soll. Kinder seien keine Schrauben, weshalb auch kein Vergleich möglich sei. Gerade weil Kinder, aber auch Lehrpersonen und unterschiedliche pädagogische Konzepte keine streng normierte Industrieprodukte sind, bleiben für die Weiterentwicklung und Verbesserung der Schulen nur die Transparenz und der Vergleich als Arbeitsmethoden: Was funktioniert gut, was funktioniert nicht, wieso funktioniert es an einer Stelle und an einer anderen nicht, welches sind die Gemeinsamkeiten und wo sind die Unterschiede und zu welchen Ergebnissen führen sie?

Alle diese Fragen lassen sich in dem sozialen System Schule nur über Vergleiche beantworten. Und dass die Ergebnisse dieser Vergleiche öffentlich gemacht werden, ist unabdingbar, um zu erkennen, ob Schulleitungen und Bildungsverwaltung die richtigen Schlüsse ziehen und auch wirklich Massnahmen umsetzen, um eventuelle Ungleichheiten auszugleichen. Die Tatsache aber, dass diese Forderung nach Transparenz skandalisiert wird, zeigt auf, dass nicht alle in der Politik und Verwaltung an einer konstruktiven Debatte zugunsten der Schule interessiert sind. Leider sind noch einige Akteure in einer Festungsmentalität verhaftet, welche die dringend notwendige Verbesserung der Schulen in Basel-Stadt behindert.

Die sechs Vorstösse, welche die freisinnige Fraktion im Grossen Rat eingereicht hat, kommen nun in der Novembersitzung des Grossen Rats ein erstes Mal ins Plenum. Immerhin ist die Regierung bereit, drei davon zur Prüfung entgegenzunehmen. Doch wir werden uns für alle einsetzen, denn wir Freisinnigen sind überzeugt, Widerstände können und müssen überwunden werden. Das sind wir allen Kindern im Kanton schuldig.

Elias Schäfer, Vizepräsident

Abschied und neues Engagement im Bürgergemeinderat

Vielen Dank, liebe Heidi!

Nach insgesamt 24 Jahren gibt Heidi Keller ihre Tätigkeit als Bürgergemeinderätin ab. Sie hat den Bürgergemeinderat von 2005 bis 2008 präsidiert und war in diversen Kommissionen tätig. Den längsten Einsitz von insgesamt knapp 20 Jahren hatte sie in der Sachkommission des Bürgerspitales. Dort brachte sie sich aufgrund ihrer persönlichen beruflichen Erfahrungen immer äusserst gewinnbringend ein. Weiter war sie in der Wahlprüfungskommission, dem Stiftungsrat der Eugen A. Meier Stiftung sowie in der Stiftungskommission der Christoph Merian Stiftung tätig.

Wir danken Heidi Keller an dieser Stelle sehr für ihr langjähriges Engagement im Bürgergemeinderat. Sie wurde als sehr herzliche, aufgestellte und umsichtige Person geschätzt. Wir wünschen ihr viel Freude und mehr Zeit für neue bereichernde Begegnungen.

Walter Brack seit Mitte Oktober neu im Bürgergemeinderat

Seit Mitte Oktober wirkt Walter Brack im Bürgergemeinderat mit. Als ehemaliger Leiter Soziales bei der Christoph Merian Stiftung freut er sich auf die neue Herausforderung und möchte sich für eine soziale Bürgergemeinde engagieren, für die Integration von Armutsbetroffenen, Migrantinnen und Migranten, Jugendlichen sowie betagten Menschen in die Gesellschaft. Walter Brack geniesst die nachberufliche Lebensphase gerne in der Natur, in Museen und Theater und liest viel und freut sich auf die Vorbereitung für den Wahlkampf – um weitere FDP-Sitze hinzugewinnen zu können.

Eva Biland, Vizepräsidentin

Aus der Grossratsfraktion

Bauen, Steuern zahlen, einbürgern – FDP macht Druck für digitale Verwaltung

Die FDP will einen modernen und leistungsfähigen Kanton. Sie treibt deshalb die digitale Verwaltung laufend voran. In den letzten Wochen konnte sie dabei einige Zwischenerfolge erzielen:

Ab Januar 2023 können Baugesuche dank eines FDP-Vorstosses neu elektronisch eingereicht werden. Das Gesetz verlangt allerdings nach wie vor eine eigenhändige Unterschrift. Mit einer Gesetzesrevision soll diese letzte Hürde noch abgeschafft werden.

Weiter ist der Kanton bei den Steuern: Natürliche Personen können diese bereits vollständig digital einreichen. Der Grosse Rat hat im Oktober nun einen FDP-Vorstoss überwiesen, wonach auch die Steuererklärung für Unternehmen digital werden soll.

Auch das Einbürgerungsverfahren soll digital werden. In seiner Antwort auf einen weiteren FDP-Vorstoss hat der Regierungsrat in Aussicht gestellt, dass die Einführung bis Ende 2024 angestrebt wird. Unerfreulich ist, dass Gesuchsteller nach wie vor Unterlagen wie einen Betreibungsregisterauszug oder eine Wohnsitzbescheinigung einreichen sollen. Diese Informationen hat der Kanton schon und könnte diese direkt beziehen. Hier werden wir Nachbesserungen fordern.

Luca Urgese, Grossrat

Anzeigen

Agenda

Tragen Sie diese Termine in Ihre Agenda ein:

27. November	Kantonale Abstimmung «Klimagerechtigkeitsinitiative»
27. November	FDP Riehen, Raclette-Abend in der Eisweiherhütte
1. Dezember	VQ West Weihnachtsessen, Einladung folgt
5. Dezember	Kleinbasler «Fääde-Zieh», Fondue-Abend im Schoofegg
23. Januar 2023	1. Parteitag 2023 im Stadthaus

Parolen

Kantonale Vorlagen

Kantonale Initiative «für ein klimagerechtes Basel» **NEIN**

Gegenvorschlag des Grossen Rates zur «Klimagerechtigkeitsinitiative» vom 14. September 2022 **JA**

Anzeige

Rückblick

Parteitag interaktiv – im Zeichen von Bildung und Klima

Am Parteitag vom 24. Oktober galt es lediglich eine Abstimmungsparole zu fassen. Es bot sich deshalb an, zum Thema Bildung und den entsprechenden FDP-Vorstössen innerhalb eines Podiums zu diskutieren. Franziska Roth, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rats und Jean-Michel Héritier, Präsident der Freiwilligen Schulsynode (FSS) gaben als Gäste Vizepräsident Elias Schäfer Rede und Antwort und erzählten von den Herausforderungen im Lehrberuf und schärften die Anwesenden bezüglich der weiteren Umsetzung der Vorstösse.

Engagiert debattiert wurde zur kommenden Abstimmung über die «Klimagerechtigkeitsinitiative». Die Initiative wurde von Helma Pöppel, Junge Grüne, vorgestellt, der Gegenvorschlag von Grossrat Franz-Xaver Leonhardt, Die Mitte, näher erläutert und Patrick Erny vom Gewerbeverband vertrat den Gegenpart. Nach rund einstündiger, lebhafter Debatte haben sich die Mitglieder mit 27 JA zu 15 Nein bei 2 Enthaltungen für den Gegenvorschlag zur Klimagerechtigkeits-Initiative ausgesprochen und schätzten die Fortsetzung des Meinungsaustausches während des anschliessenden Apéros im Mövenpick Hotel.

Eva Biland, Vizepräsidentin

Aberau

Wer hätte gedacht, dass die Geschlechterlücke beim Rentenalter mehrheitlich durch die männliche Bevölkerung geschlossen wurde. 72% der Männer, aber nur 46% der Frauen stimmten für die Gleichstellung des Rentenalters. Das Referenzalter von Frauen und Männern wird künftig auf 65 Jahre vereinheitlicht. War das knapp: Die Zusatzfinanzierung der AHV ist am 25. September mit 55,1% der Stimmen angenommen worden, die Erhöhung des Rentenalters der Frauen mit knappen 50,5% Ja-Stimmen. Aberau, weshalb konnte nicht einmal die Hälfte der Frauen vom höheren Rentenalter überzeugt werden? Die Linken sprachen von der «Ohrfeige für die Frauen», einer defensiven Sichtweise mit Leidenspotenzial. Als Freisinnige und als Tochter einer schon fast «überemanzipierten» Berufsfrau, welche sich in den 70- und 80er-Jahren eine weibliche Karriere noch hat erkämpfen müssen, empfinde ich es als Privileg, dass endlich das Rentenalter vereinheitlicht ist, wie dies in den meisten umliegenden Staaten bereits der Fall ist. Gleichstellung für Rechte und Pflichten, etwas polemisch ausgedrückt. Rein biologisch ist es ja durchaus beachtlich, dass es die Lebenserwartung in der Schweiz möglich und sinnvoll mach, über ein höheres Rentenalter überhaupt abzustimmen. Es geht der schweizerischen Bevölkerung derart gut, dass das Arbeiten bis 65 Jahre biologisch zumutbar ist. Eine solide Volksgesundheit als hohes Gut. Was für ein Attribut an unsere Arbeitsbedingungen und an unseren Versorgungstandard! In Russland beträgt das durchschnittliche Sterbealter – schon vor Beginn der aktuellen bewaffneten Konflikte übrigens – bei den Männern seit vielen Jahren gerade einmal 66 Jahre. Das Rentenalter von 65 Jahren erhält dort eine ganz andere Bedeutung und Sinnhaftigkeit.

Weitere Rentenreformen dürften hierzulande eine Herausforderung bleiben und müssen mit weiterhin viel Empathie und überzeugender Sachlichkeit angegangen werden. Gerne erinnere ich mich an einen lehrreichen Samstagmorgen während einer Unterschriftensammelaktion für die Renteninitiative der JFBS. Nebst der etwas betrübenden Tatsache, dass nur eine kleine Minderheit der Passanten auf Basels Einkaufsstrassen überhaupt stimmberechtigt war, fielen die Reaktionen gegenüber einer Erhöhung des Rentenalters schon damals überraschenderweise bei den Frauen leider deutlich heftiger negativ aus. Gleichstellung birgt viele Facetten.

Eva Biland, Vizepräsidentin

FDP Frauen Basel-Stadt

Generalversammlung der FDP Frauen 2022

Am 8. September fand die erste Generalversammlung unter dem neuen Vorstand bei Crescenda an der Bundesstrasse statt. Crescenda hat zum Ziel, Frauen mit Migrationshintergrund in eine nachhaltige berufliche und soziale Selbständigkeit zu begleiten.

Interessiert hörten die anwesenden Mitglieder den Ausführungen der Crescenda-Geschäftsführerin zu und der Rundgang durch die «Villa» begeisterte. Zügig führte dann Präsidentin Tamara Alù durch den statutarischen Teil. Der Jahresbericht wurde einstimmig genehmigt, ebenso wie die Jahresrechnung, die Ines Brunner präsentierte. Der Revisionsbericht (Fabienne Beyerle) wurde zur Kenntnis genommen und dem Vorstand Décharge erteilt. Zerina Rahmen wurde als zusätzliches Vorstandsmitglied bestätigt und Fabienne Beyerle für ein weiteres Jahr als Revisorin gewählt. Der Jahresbeitrag bleibt unverändert.

Im Garten des Sozialunternehmens «Crescenda».

In den nächsten Jahren stehen Wahlen an. Wie schon Anfang 2022 in Riehen wird die FFBS aktiv Frauenkandidaturen unterstützen. Dafür sind wir auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Die Statuten wurden deshalb sanft modernisiert und es wurde eine Kategorie Passivmitglied eingeführt, die auch Männern offensteht. Selbstverständlich dürfen Mitgliederbeiträge, sowohl von Frauen wie auch von Männern, durch Spenden ergänzt werden! Höhe nach oben unlimitiert!

Der schöne Herbstabend klang aus bei einem Apéro im Crescenda-Garten, bei dem wir mit exquisiten Spezialitäten aus fernen Ländern verwöhnt wurden.

Elisabeth Spreng Troller
Vorstandsmitglied FDP Frauen

Kommentar von Sandra Korosec Jensen

Rolle der Frau in unserer Gesellschaft

Unsere Gesellschaft ist im Wandel. Die Rolle der Frau mit ihren bisher schützenden und familienorientierten Aufgaben hat sich in der modernen Gesellschaft weiterentwickelt und bietet inzwischen ein grosses Spektrum an Möglichkeiten. Eine Gesellschaft, in welcher die Frau gleichberechtigt ist und in welcher sie die Gesellschaft mittragen kann. Nur – reicht es aus, den Frauen mitzuteilen – «ab jetzt dürft ihr»? Oder müssen wir unsere Werte und Prägungen ansprechen und in Frage stellen, um diese dem Wandel anzupassen? Viele Frauen sind heutzutage zwischen den beiden Rollen hin- und hergerissen. Ich habe das Gefühl, dass sie sich gegen die Pflichten wehren, die neugewonnene Rechte mit sich bringen und flüchten teilweise zurück in eine geschützte Komfortzone der Hausfrau und Mutter, die ihr Chancen in der Arbeitswelt verwehren. Heute noch argumentieren junge Frauen mit «Mann kann nicht gebären» und rechtfertigen so Teilzeiterwerbstätigkeit, Carearbeit, Haushalt und Kinderbetreuung durch die Frau. Die Rolle der Frau in unserer Gesellschaft als auch die Verantwortlichkeiten der Frauen müssen angesprochen und neu definiert werden.

Anzeige

ORTHOPÄDISCHE CHIRURGIE BASEL

Wohlbefinden für jeden Tag

Ihr Bewegungsprogramm unter | **ocbasel.ch/praxis**

Dr. med. Christoph Holenstein
Facharzt FMH für Orthopädie und Sportmedizin
OCB Bethesda Campus
Gellerstrasse 148.2 | 4052 Basel

Wir sind immer für Sie da, wenn Sie ärztlichen Rat brauchen.

Hüft- & Kniechirurgie, insbesondere Gelenksersatz und Revisionen, Sportorthopädie, Zweitmeinungen und Begutachtungen.

Kultur vs. Sport

Kulturstadt Basel will sich weiteren Ast absägen

Musicaltheater oder Olympiabecken? Beides bitte, aber jeweils am passenden Standort.

Wann waren Sie das letzte Mal im Musical Theater Basel? Eine Ewigkeit her? Aber erinnern Sie sich noch, wie es war? Und wann waren Sie das letzte Mal in einem Hallenbad, in einem Olympiabecken? Und wie war das?

Die Stadt Basel sucht seit Ewigkeiten einen Ort für ein «Olympiabecken». Gemäss eigener Antwort auf eine Interpellation besteht die Forderung nach einem 50-Meter-Becken «seit den 1960er-Jahren»!

Unter den zuletzt knapp zwei Dutzend geprüften und zehn genauer evaluierten Standorten wurde der des heutigen Musical Theaters Basel als am überzeugendsten bezeichnet. Dies aufgrund der Tatsache, dass sich das Gebäude und das Areal bereits im Besitz des Kantons befinden und die Lage nahe der Messe als hervorragend zu bezeichnen sei. Auf anderen untersuchten Arealen «wäre eine neue Schwimmhalle, wenn überhaupt, erst viel später realisierbar». Ein Schnellschuss nach 60 Jahren?!

Dass das Musical Theater in einem Gebäude des Kantons zur Miete ist, steht ausser Frage. Dass der Mietvertrag nach so langer Zeit vorzeitig einvernehmlich verkürzt wurde, lief unglücklich ab – ohne der Regierung Absicht in Bezug auf Umnutzungsvorhaben unterstellen zu wollen. Dass die Gebäudehülle beim Einbau des Musical Theaters vor 30 Jahren nicht saniert wurde, ist ebenfalls unglücklich – diese ist nun überfällig. Auch der Innenausbau ist sanierungsbedürftig, die Regierung nennt hier explizit Feuer- und Erdbebenschutz.

Bei den Kostenschätzungen setzt die Regierung allerdings bei 50 bis 80 Millionen Schweizer Franken an, was sie dazu veranlasst, vorzurechnen, dass der Betrieb subventioniert werden müsste, da kein Veranstalter die daraus resultierenden hohen Mietpreise bezahlen würde.

Der aktuelle Betreiber des Musical Theaters Basel liess in Zürich-Oerlikon aus einem sanierungsbedürftigen Theater aus den 1960er-Jahren das Theater 11 bauen – für gut 27 Millionen Schweizer Franken. Zugegeben, um 2006, aber wie sich diese – an sich vergleichbaren Kosten – verdoppeln bis verdreifachen sollen, erschliesst sich aus den gemachten Angaben der Regierung nicht.

Auch die Auswertung der Belegung, die Einschätzung der Regierung, dass das Programm zu Teilen an Ersatzstandorten aufführbar wäre und die damit einhergehende Schmälerung der Bedeutung des Musical Theaters Basel als Kulturinstitution für die gesamte Region, darf man ohne Weiteres als Augenwischerei sehen.

Es geht nicht darum, auf einer Seite zu stehen, also entweder Olympiabecken oder Musical Theater.

Es liessen sich bereits bessere Ideen vorstellen, die einem energetisch nachhaltigem Schwimmbad eine Chance auf Umsetzung geben würden. Gerade

Eishallen haben sich andernorts als energetisch komplementär zu Schwimmhallen erwiesen. Zwei konkrete Beispiele wären St. Margarethen und die Eishalle St. Jakob. Da sie im Kanton Baselland aber auf Basel-Städter Boden liegen, wären sie allenfalls sogar mit einer Kostenbeteiligung und im Interesse von Baselland realisierbar.

Gleichzeitig hat die Bevölkerung in und um Basel sehr rasch ihr berechtigtes Interesse am Erhalt des Musical Theaters Basel bekundet – zunächst medial, dann im Rahmen der Petition.

Die Regierung setzt also ihren Kurs zum Umbau des Musical Theaters zu einem Hallenbad fort. Wenn es sein muss, entscheidet am Schluss das Basler-Stimmvolk. Allerdings ohne Beteiligung aller Interessensgruppen aus der näheren Umgebung – immerhin etwa 1 Million Menschen, von denen die wenigsten wohl zum Schwimmen anreisen werden.

Johannes Barth, Präsident

Petition

Nein zu Tempo 30 auf Hauptstrassen

Gemäss einer LINK-Studie lehnen 68% der Bevölkerung Tempo 30 auf sämtlichen Strassen im Kantonsgebiet ab. Nun wurde mit tatkräftiger Unterstützung der FDP Basel-Stadt eine Petition mit 7777 Unterschriften gegen Tempo 30 auf Hauptstrassen eingereicht.

Im Februar dieses Jahres hat die Basler Regierung im Rahmen einer Motionsbeantwortung deutlich gemacht, dass sie das aus dem Jahr 2012 stammende Tempo-30-Konzept für Basel-Stadt überarbeiten wolle. Dabei soll geprüft werden, auf welchen weiteren Strassenabschnitten in Basel Tempo 30 eingeführt werden könnte – auch auf verkehrsorientierten Hauptstrassen.

Um dieser Fehlentwicklung entgegenzutreten, haben die lokalen Wirtschafts- und Verkehrsverbände das renommierte Meinungsforschungsinstitut LINK mit einer Studie zum Thema Tempo 30 beauftragt. Ziel war es, herauszufinden, ob der Kurs der Regierung auch dem Willen des Volkes entspricht. Die repräsentative Umfrage hat klar gezeigt, dass 68 Prozent der Bevölkerung im Kanton Basel-Stadt – also mehr als zwei Drittel – Tempo 30 auf sämtlichen Strassen – also Siedlungs- und Hauptverkehrsstrassen – im Kantonsgebiet ablehnt.

Dieses deutliche Ergebnis nahmen die Verbände zum Anlass, die Petition «Nein zu Tempo 30 auf Hauptstrassen in Basel» zu lancieren. Dies mit tatkräftiger Unterstützung der FDP Basel-Stadt. Mit der eindrücklichen Zahl von 7777 Unterschriften

wurde die Petition der Staatskanzlei übergeben.

Sowohl Studie als auch Petition machen ohne Wenn und Aber klar, dass die Bevölkerung Tempo 30 auf Hauptverkehrsachsen dezidiert ablehnt und sich gegen ein flächendeckendes Tempo-30-Verkehrsregime ausspricht. Dies im Wissen, dass eine «integrale» Verkehrsberuhigung bezüglich Verkehrssicherheit, Lärm- und Schadstoffreduktion mehr schadet als nützt.

Patrick Erny, Leiter Politik, Gewerbeverband

FDP Riehen-Bettingen

Die FDP Riehen-Bettingen neu mit zwei Vize-Präsidentinnen

Die Wahl eines neuen Kassiers und einer zweiten Vize-Präsidentin sowie der spannende Vortrag von Dr. Thomas Steffen, ehemaliger Kantonarzt, standen im Mittelpunkt der diesjährigen GV

Anlässlich der diesjährigen GV vom 12. August 2022 blickte der Präsident der FDP Riehen-Bettingen, Carol Baltermia, auf ein erfolgreiches Wahljahr in Riehen zurück. Am Ende haben nur 77 Stimmen gefehlt, um einen weiteren Sitz im Einwohnerrat zu sichern. Das zeigt, dass die Partei auf dem richtigen Kurs ist. Jetzt gilt es vorwärtszuschauen, da nächstes Jahr bereits wieder Nationalratswahlen anstehen.

Die FDP Riehen-Bettingen konnte mit Marlon Schick einen Jungpolitiker gewinnen, der an der GV in den Vorstand gewählt wurde und dort das Amt des Kassier übernimmt.Zusätzlich wechselt Pascale Alioth ins Co-Vizepräsidium der FDP Riehen-Bettingen.

Den Abschluss der GV bildete der spannende Vortrag des ehemaligen Kantonarztes Dr. Thomas Steffen, der aus dem Nähkästchen respektive aus seinem Notfallkoffer plauderte und viele spannende Anekdoten erzählte. Es war sehr interessant zu hören, wie vielfältig dieses Amt ist und eben nicht nur aus Pandemiearbeit besteht.

Vorstand der FDP Riehen-Bettingen.

FDP Frauen

Sexualisierte und öffentliche Gewalt

FDP Frauen fordern mehr Sicherheit in Basel

Das Thema sexualisierte Gewalt ist zurzeit hochaktuell: Nebst der Revision des Sexualstrafrechts, über die bereits in der Nationalratskommission debattiert wurde, kam es Anfang Juli in Basel-Stadt innert einer Woche zu zwei Sexualdelikten an Frauen. Ein Schock für uns Frauen, denn jedes Sexualdelikt ist eines zu viel. Vor allem wenn wir davon ausgehen, dass die Dunkelziffer an Sexualdelikten noch viel höher ist. Wir von den FDP Frauen Basel-Stadt sorgen uns um die öffentliche Sicherheit, insbesondere für Frauen und insbesondere im Hinblick auf sexualisierte Gewalt. Auch wenn die sexualisierte und häusliche Gewalt im Fokus der Behörden steht, sehen die FDP Frauen Basel-Stadt noch Verbesserungspotenzial in diesen beiden Themen und haben deshalb vier Vorstösse erarbeitet.

Auch das subjektive Empfinden definiert Gewalt-Hotspots

In einer schriftlichen Anfrage wird der Regierungsrat um Antworten gebeten im Hinblick auf die Sicherheit von Frauen in Basel. Wie sicher sind die Frauen in Basel? Wie viele und welche Übergriffe wurden gemeldet? Wie sind die Zahlen im Vergleich zu den Jahren vor den Covid-Massnahmen?

Doch nicht nur sexualisierte Gewalt bei Frauen steht im Mittelpunkt. Werden Männer Opfer von sexualisierter Gewalt, schweigt die Gesellschaft häufig. Deshalb fordert die schriftliche Anfrage Antworten auf dieselben Fragen im Hinblick auf sexualisierte Gewalt bei Männern.

Ebenfalls fordert der Vorstoss Antworten zum Stand des Konzepts bei den Strafverfolgungsbehörden betreffend sexualisierte Gewalt sowie zur Einführung des Gewalt-Monitorings und wie die Einführung beschleunigt werden könnte.

Als letzter Punkt wird der Regierungsrat um Antworten gebeten, wie sogenannte Hotspots entkräftigt werden können, ausser mit entsprechender Beleuchtung. Die FDP Frauen Basel-Stadt sind der Meinung, dass es auch Hotspots geben kann, die noch nicht durch die Polizeistatistik bestimmt wurden und möchten vom Regierungsrat wissen, wie das subjektive Empfinden der Frauen in Basel abgeholt wird und ob eine Bevölkerungsumfrage zu diesem Thema in Frage kommen könnte.

Prävention soll bereits in der Schule beginnen

Die FDP Frauen Basel-Stadt sind verwundert, dass lediglich ein Präventionsprogramm in der Schule obligatorisch ist. Mit der Motion wird der Regierungsrat aufgefordert, innert zweier Jahre ein Konzept auszuarbeiten, das ein Präventionsangebot in der Primar- und Sekundarschule in Bezug auf sexualisierte Gewalt obligatorisch vorsieht und welches alle Beteiligten, also die Lehrpersonen sowie auch die Jugendpolizei unter dem Aspekt der sozialen Medien, mit einbezieht.

Präventions-/Kommunikationskampagne zur sexualisierten Gewalt

Eine Präventions- und Kommunikationskampagne zur sexualisierten Gewalt scheint schon länger her zu sein. Mit dem Pilotprojekt «Halt Gewalt» wird im Herbst 2022 der Fokus auf häusliche Gewalt gelegt. Die freisinnigen Frauen Basel-Stadt begrüssen diese Massnahme. Mit einem Anzug wird der Regierungsrat gebeten zu prüfen und zu berichten, wie eine Kommunikationskampagne zur öffentlichen und sexualisierten Gewalt angeknüpft werden kann.

Tamara Alù, Präsidentin FDP Frauen

Anzeige

R. Soder Baugeschäft AG

Oberdorfstrasse 10 Postfach 108 4125 Riehen1
Telefon 061 641 03 30 soderbau@bluewin.ch

Ausführung von Neu- und Umbauten, Reparaturen, Gerüstbau, Diamantkernbohrungen, Beton- und Fassadensanierungen

Die Jungfreisinnigen stellen sich vor

In unserer Rubrik erfahren Sie heute mehr über Nicolai Bleskie

Heute präsentieren wir Jungfreisinnigen Ihnen Nicolai Bleskie (Kassier und politische Planung). Dieser nimmt für uns regelmässig an den Fraktionssitzungen der FDP teil. Nebst seinem Hobby als «Ninja Warrior» im Overground Basel und der Jumpfactory Münchenstein geniesst er Basel am und im Rhein. Als Legal Advisor bei IFPI Schweiz und Manager Licensing bei der Audion GmbH, deren Lizenzen 90% des Weltrepertoires an Musik abdecken, ist er beruflich ebenfalls im Fluss. Aufgewachsen ist er stadtnah in Binningen, lebte auch drei Jahre in Edinburgh, Schottland. Er wohnt seit über zehn Jahren im schönen Basel. Hier hat er zwei Master in Jus (Verwaltungsrecht und Generalis) abgeschlossen, Letzteren auf Rang 1. Die freisinnigen Werte von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Freiheit sind ihm besonders wichtig. Er steht für eine liberale Drogenpolitik und organisierte regelmässig Aktionen für die Renteninitiative, die dank der Mobilisierung zahlreicher geschätzter Mitglieder möglich wurde. Ebenso begrüsst er das von der FDP unterstützte Steuersenkungspaket vom September. Letztlich erachtet er den gesellschaftlichen Einbezug aller Generationen als wertvoll. Vorbild könne die fruchtbare Zusammenarbeit von Jungfreisinn und FDP sein.

Bericht und Foto: Nicolai Bleskie

FDP Grossbasel West

Zukunft Gas in Basel

Der Quartierverein Grossbasel-West der FDP führte aufgrund des aktuellen Weltgeschehens einen Anlass zum Thema Gasversorgung in Basel am 8. September 2022 durch. Wir luden zu einer Podiumsdiskussion sowohl unsere Mitglieder, als auch interessierte Personen ein. Unserer Einladung folgten ca. 30 interessierte Personen. Podiumsteilnehmer waren Frau Evelyn Rubli, Leiterin Geschäftsbereich Wärme und Mitglied der Geschäftsleitung der IWB, und Herr Christian Gyger, Verantwortlicher für kantonale und kommunale Energie- und Klimapolitik, Verband der Schweizerischen Gasindustrie. Die Podiumsdiskussion wurde durch unser Vorstandsmitglied, Herrn Ivo Dändliker, moderiert. Einleitend zur Podiumsdiskussion erfolgte eine Einstiegspräsentation. Ist es sinnvoll, die Investitionen ins Gasnetz schnell zu liquidieren? Kann das Netz neue Aufgaben wahrnehmen? Wie sieht die Zukunft des Gasnetzes in Basel und der Schweiz aus? Ist die Versorgungssicherheit gewährleistet? Gibt es Alternativen zu Erdgas wie beispielsweise Biogas oder Wasserstoff? Kann die Wärmeproduktion in Basel auch ohne Gas erfolgen? Dies waren einige spannende Themen, die wir gemeinsam mit Podiumsteilnehmenden vertieft diskutierten. Auch viele kritische Fragen kamen aus dem Publikum, die wesentlich zu einer lebhaften Diskussion beitrugen. Im Anschluss an die Podiumsdiskussion offerierten wir einen Apéro. Die positiven Rückmeldungen motivieren uns, weiter mit Engagement dieses Thema zu bearbeiten und uns für eine liberale Politik in unserem Kanton einzusetzen.

Bericht und Foto: Vojiin Rakic, Co-Präsident QV Grossbasel West

Anzeige

Aktuelle Generation 5G: Raschen Ausbau an die Hand nehmen

Blockadepolitik bekämpfen

Die Unterstützung des neusten Mobilfunkstandards 5G in der Politik ist immer noch bescheiden. Die FDP hält dem dagegen und positioniert sich klar für Technologieoffenheit und gegen Innovationsfeindlichkeit.

Der Mobilfunkstandard 5G hat in der Schweiz zwar mittlerweile eine gute Basisabdeckung, doch der Ausbau des 5G-Netzes kommt weiterhin nur schleppend voran. Nach wie vor halten sich Zweifel an der Notwendigkeit oder Bedenken bezüglich vermeintlich schädlicher Strahlung bezüglich 5G hartnäckig. Zumindest was die Strahlenbelastung betrifft, ist sich die Wissenschaft einig: Tausende Studien erkennen keine solche Wirkung. Auch gab das Bundesamt für Umwelt (Bafu) diesen Sommer Entwarnung und publizierte einen Monitoringbericht, der aufzeigt, dass die Belastung unter dem Grenzwert liegt. In Worten des Bafu: «An Orten, an denen sich Menschen üblicherweise aufhalten, liegen die Feldstärken klar unterhalb des Immissionsgrenzwerts.» Mit dem aktuellen Regelwerk können selbst die sehr strengen Grenzwerte kaum ausgeschöpft werden. Ebenfalls schreibt das Bafu, dass die Strahlenbelastung seit 2014 tendenziell abgenommen hat. Das ist wenig überraschend, da moderne Mobilfunktechnologien wie 5G weniger Strahlung benötigen und Energie verbrauchen, um Daten zu übertragen.»

FDP-Motion auf der Zielgerade

Dass der Ausbau des 5G-Netzes trotzdem nicht rascher vonstatten geht, liegt unter anderem an komplizierten Bewilligungsverfahren. Aktuell sind schweizweit ganze 3200 Baugesuche offen. Die FDP will deshalb passive und verzögernde Haltungen gewisser Bewilligungsbehörden, wie dies beim Ausbau des 5G-Netzes zum Teil passiert ist, in Zukunft dezidiert bekämpfen. Gefordert ist eine maximale Frist (pro Instanz), innerhalb derer ein Entscheid vorliegen muss. Ein Zeichen der Politik hat hierbei eine nicht zu unterschätzende Wirkung.

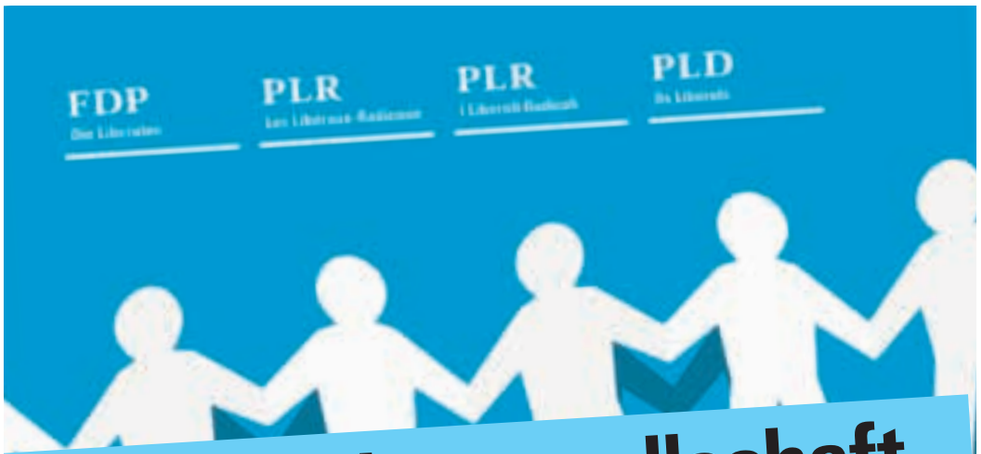
Die FDP setzt sich seit mehreren Jahren an vorderster Front für eine Modernisierung des Mobilfunks und die damit verbundene Nutzung des 5G-Netzes ein. Im Mai 2020 reichte die FDP eine Fraktionsmotion ein, die fordert, dass den Anbietern der Aufbau eines nationalen 5G-Netzes zu wirtschaftlichen und international vergleichbaren Kosten zu ermöglichen ist. Zudem soll der Bundesrat zusammen mit der Branche die breite Bevölkerung über die künftige Mobilfunk-Generation sachgerecht informieren. Der Bundesrat hat die Annahme dieser Motion empfohlen und der Nationalrat hat ihr zugestimmt. Die vorberatende Kommission des Ständerats hat zwar noch einen zusätzlichen Bericht bei der Verwaltung angefordert, doch es ist zu hoffen, dass sich auch die kleine Kammer in den nächsten Monaten für die Annahme des FDP-Vorstosses ausspricht.

5G ermöglicht Internet der Dinge

Auch wenn gewisse Teile der Motion mittlerweile bereits erfüllt sind, hätte ein Ja beider Kammern eine positive Signalwirkung. Schliesslich geht es bei der neusten Generation 5G längst um mehr als die Möglichkeit ein Video schneller zu verschicken. Es bietet viele neue Eigenschaften für Anwendungen in der Industrie, für neue Dienstleistungen, in der Landwirtschaft oder auch im Umfeld der Rettungskräfte. Von dieser Entwicklung profitieren nicht nur Smartphone-Nutzer – vielmehr stärkt eine leistungsfähige Mobilfunkinfrastruktur die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft und bietet eine Innovationsplattform für findige Unternehmer. Ein paar ausgewählte Beispiele: Über Sensoren wird Alarm geschlagen, wenn ein Fluss über die Ufer tritt; die Müllabfuhr leert gezielt nur jene Mülleimer, die bereits voll sind, und auf dem Rückweg aus den Skiferien lässt sich die Heizung in der Wohnung per Smartphone einschalten.

Für die FDP stehen Technologieoffenheit und Innovationsfreundlichkeit an erster Stelle. Deshalb wehren wir uns gegen Blockadepolitik und Falschinformationen und setzten uns für ein leistungsfähiges und zukunftsgerichtetes Mobilfunknetz ein.

Marco Wölfli



«Treiber des gesellschaftlichen Zusammenhalts»

Freiwilligenarbeit in der Schweiz

Thomas Hauser ist Geschäftsleiter von Benevol Schweiz und damit quasi der höchste «Ehrenamtliche» der Schweiz. Im Interview spricht er von Massnahmen gegen die rückläufige Freiwilligenarbeit und wie das Ehrenamt der Zukunft aussieht.

Was zeichnet die Freiwilligenarbeit in der Schweiz aus? Sicher die vielfältige Ausprägung. Freiwilligenarbeit wird unterschiedlich gelebt und auch gefördert. Auf dem Land sind Vereine präsenter, während in urbanen Gebieten eher Event- oder projektbezogene Freiwilligenarbeit im Vordergrund steht. Daneben gibt es Unterschiede zwischen den Sprachregionen, zwischen Bergkantonen und dem Flachland und bezüglich der Förderung durch die Politik: Im Kanton Waadt ist Freiwilligenarbeit sogar in der Verfassung verankert.

Welche Bedeutung hat die Freiwilligenarbeit in der Schweiz? Die Schweiz ist ein Land der Vereine und diese Vereine sind ein wesentlicher Treiber für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Rund 41 Prozent der Bevölkerung engagiert sich mehrere Stunden pro Woche ehrenamtlich. Dieses Engagement ist rund 32 Milliarden Franken wert. Das zeigt den enormen Umfang der Freiwilligenarbeit.

Die geleistete Freiwilligenarbeit ist in den letzten Jahren leicht zurückgegangen. Welches sind die Gründe dafür? Corona hat eine grosse Rolle gespielt, weil Seniorinnen und Senioren zeitweise von vielen freiwilligen Aktivitäten ausgeschlossen waren. Dafür hat in dieser Zeit die Nachbarschaftshilfe an Zuwachs gewonnen. Beim generellen Trend sind verschiedene Faktoren ausschlaggebend, wie zum Beispiel die vermehrte Erwerbstätigkeit von Frauen.

Was tut Benevol Schweiz dagegen? Wir informieren und vermitteln zwischen Interessierten und Institutionen, die Freiwillige suchen. Wir wollen die Möglichkeiten der Freiwilligenarbeit sichtbar machen. Viele wollen sich nicht langfristig in einem Verein engagieren, aber während einer gewissen Zeit für einen Event oder ein Projekt arbeiten. Hier können wir Optionen aufzeigen.

Welche Bereiche haben einen Mangel an Freiwilligen und wo hat es genug? Im sozialen Bereich ist der Bedarf konstant hoch. Dagegen sind Tätigkeiten für die Umwelt und den Naturschutz sehr beliebt. Auch die Mitarbeit bei Sport- und Musikveranstaltungen zieht viele Freiwillige an.

Wie sieht die Freiwilligenarbeit der Zukunft aus? Es braucht sicher Anpassungsfähigkeit seitens der Vereine. Möglich, dass es mehr Co-Präsidien in Vorständen gibt. Wenn es in einem Dorf drei Chöre gibt, ist eventuell ein Zusammenschluss möglich, was auch Synergien ermöglicht. Auch der Trend, dass Leute in befristeten Projekten mitarbeiten wollen, wird sicher zunehmen.

Interview: **Marco Wölfli**

Thomas Hauser.

Wir sagen DANKE

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt sind zentrale freisinnige Werte. Zum Jahresende will die FDP den Gemeinsinn ins Zentrum rücken und lanciert die Aktion «Wir sagen DANKE», um die Freiwilligenarbeit in der Schweiz zu würdigen. In den nächsten Wochen erhalten alle Ortsparteien passend gestaltete Postkarten. Diese können mit einem persönlichen Gruss an Personen geschickt werden, sie sich in der jeweiligen Gemeinde besonders engagieren, sei es die Präsidentin des Samaritervereins, der Trainer der Fussballjunioren oder die Leiterin der Theatergruppe.

Bei den Millionen von Schweizerinnen und Schweizern, die sich freiwillig engagieren, gibt es praktisch unendlich Beispiele. Diese Aktion soll Menschen danken, die ehrenamtlich arbeiten und dadurch den Zusammenhalt und den Gemeinsinn in der Schweiz fördern.

Wenn Sie sich auch an der Aktion beteiligen und Postkarten an freiwillig Engagierte schicken möchten, dürfen Sie sich gerne bei Gabrielle De Simone vom Wahlkampfteam melden. E-Mail an desimone@plr.ch oder QR-Code scannen.

Alessandra Gianella führt seit drei Jahren die FDP-Fraktion im Tessiner Kantonsparlament.

«Als Tessiner Politikerin braucht man klare Positionen»

Alessandra Gianella ist neue Vizepräsidentin der FDP Schweiz

Die Delegierten haben die Tessinerin Alessandra Gianella in Burgdorf zur neuen Vizepräsidentin der FDP Schweiz gewählt. Im Interview spricht Gianella über ihre Verbundenheit zu China, die Besonderheiten der Tessiner Politik und wieso sie als Staatsrätin kandidiert.

Herzlichen Glückwunsch zur Wahl zur Vizepräsidentin. Was motiviert Sie zu diesem Amt?
Ich bin schon lange aktiv in der FDP und habe mich gerne zur Verfügung gestellt. Ich finde es wichtig, dass es in der FDP ein Bindeglied zwischen der italienischen Schweiz und der Restschweiz gibt. Manche Themen werden im Tessin zuerst aktuell, wie beispielsweise die Corona-Pandemie, aber auch Probleme mit dem Arbeitsmarkt oder der Mobilität.

Welchen Fokus möchten Sie im Präsidium einbringen?
Wir hatten zuerst die Covid-Pandemie, jetzt den Krieg in der Ukraine und eine gefährdete Energieversorgung. Das Präsidium der FDP Schweiz hat jeweils eine klare Haltung gezeigt und ich möchte an diese Arbeitsweise anknüpfen und mithelfen. Es ist wichtig, dass die FDP von Beginn weg konstruktive und innovative Lösungen aufzeigt. Das passt auch zum Geist der Schweiz.

Sie sind lange in der Tessiner Politik aktiv. Was zeichnet die Politik im Südkanton aus?
Die Tessiner Politik ist stark medial geprägt und der Fokus liegt stark auf dem Kanton. Es gibt jede Woche mindestens zwei bis drei politische Debatten im TV und viel andere Berichterstattung. Als Tessiner Politikerin ist man stark gefordert und braucht klare Positionen. Die Nähe zu Italien sorgt auch dafür, dass Themen eines Grenzkantons in die politische Agenda einfliessen.

Sie haben eine starke Verbundenheit zu China. Wie ist es dazu gekommen?
Als Teil einer Schweizer Minderheit wollte ich neben den Landessprachen und Englisch eine exotische Sprache lernen, um mir einen Wettbewerbsvorteil in der Arbeitswelt zu verschaffen. Deshalb habe ich Chinesisch gewählt, und später habe ich zwei Jahre in China studiert. Diese Zeit hat mich stark geprägt, da ich erst 19-jährig war. Ich habe die chinesische Kultur intensiv erfahren und dabei viel über China und Asien gelernt.

Was fasziniert Sie an China?
Die alte Kultur und die spannende Geschichte. Wenn man die Sprache beherrscht, hilft das, Beziehungen zu knüpfen und Einheimische besser kennenzulernen. Da China ein wichtiger Handelspartner der Schweiz ist, macht es Sinn, wenn wir China verstehen.

In den letzten Jahren hat sich die Beziehung zwischen der Schweiz und China verkompliziert. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?
Die Schweiz hat klare Werte, die sie auch gegenüber China vertritt. China hat sich zwar verändert,

Das Präsidium ist toll zusammengestellt und ich freue mich, die Perspektive der italienischen Schweiz einzubringen.

Nationalrat und Vizepräsident Philippe Nantermod stellt Alessandra Gianella am Tag der FDP vor. Foto: Yannic Reber

Parteipräsident Thierry Burkart übergibt Alessandra Gianella ihr Trikot für das «Team Präsidium». Foto: Yannic Reber

aber es ist wichtig, dass die Schweiz den Dialog weiterhin pflegt. Diplomatie braucht Dialog.

Auch mit Ihrem Unternehmen SinoCom pflegen Sie wirtschaftliche Beziehungen mit China. Wie haben Sie die Schwierigkeiten der letzten Jahre erlebt?

Die letzte zwei Jahren waren eine grosse Herausforderung. Ich versuche eine Brücke zwischen den beiden Ländern zu bilden und berate Unternehmen aus China und der Schweiz bei ihren Aktivitäten im jeweils anderen Land. Dabei ist es wichtig, dass man beide Kulturen kennt. Zuletzt war es aufgrund der Covid-Regeln schwierig, nach China zu reisen. Ich hoffe, dass es nächstes Jahr wieder einfacher wird.

Was ist bei Geschäftsbeziehungen mit China zu beachten?

Es ist eine andere Kultur. Das Individuum steht weniger im Zentrum. Der Aufbau guter persönliche Beziehungen muss zuerst entstehen, bevor man übers Geschäft spricht. Dabei hilft es, wenn man die Sprache beherrscht.

Was ist Ihre Lieblingsstadt in China?

Das ist sicher Hangzhou, wo ich zwei Jahre gelebt habe. Aber das Spannende an China ist, dass es so gross und vielfältig ist. Es gibt grosse Unterschiede zwischen den Regionen und viele interessante Orte. Die Mehrsprachigkeit und die kulturelle Vielfalt erinnern an die Schweiz.

Im April finden im Tessin kantonale Wahlen statt und Sie kandidieren für den Staatsrat. Was hat Sie zur Kandidatur bewogen?

Ich bin nun seit zwei Legislaturen im Grossen Rat und seit drei Jahren Fraktionschefin. Die nächsten Jahre sind entscheidend für den Kanton Tessin. Wir haben gute Aussichten und in den Bereichen Innovation und Forschung bewegt sich viel. Aber das Tessin ist manchmal etwas pessimistisch, dem möchte ich als Staatsrätin entgegenwirken und optimistisch in die Zukunft gehen, mit innovativen Projekten und Investitionen.

Wie ist die FDP Tessin aufgestellt?

Die FDP hat gute Lösungen für die Herausforderungen Bildung, Umwelt und Steuerattraktivität, die das Tessin betreffen. In den letzten Jahren hat sich die Tessiner FDP stark verjüngt, das stimmt positiv. Zudem haben wir Arbeitsgruppen gebildet, in denen Fachleute ihre Expertise aus verschiedenen Bereichen einbringen und wir tragen die Positionen in die Politik. Dieser Bottom-up-Ansatz ist vielversprechend. Die FDP kann dazu als grosse Partei etwas bewirken, aber natürlich muss sie auch das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen.

Interview: Marco Wölfli

Alessandra Gianella

Alessandra Gianella (36) hat an den Universitäten Zürich und Lugano und an der Zhejiang University in Hangzhou studiert. Beruflich war sie für Adaxis Management AG und Economiesuisse tätig. Vor zwei Jahren gründete Gianella SinoCom. Für die FDP Tessin sitzt sie seit sieben Jahren im Grossen Rat und leitet seit drei Jahren die Fraktion. Gianella ist verheiratet und lebt in Lugano.

Justizministerin Karin Keller-Sutter trifft sich im März 2022 im Bundesasylzentrum Basel mit Mitarbeiterinnen des Heks.

Schutz bieten: Schnell, beherzt und koordiniert

Die Schweiz ist krisentauglich

Bundesrätin Keller-Sutter blickt auf ein Jahr zurück, das vom Krieg in der Ukraine und der ausserordentlichen Solidarität in unserem Land geprägt ist.

Seit dem Beginn des von Russland geführten Angriffskrieges am 24. Februar 2022 ist es eine Mischung aus Betroffenheit und Verantwortung, die das Handeln des Bundesrates bestimmt. Auch wenn wir als Land die Ereignisse in der Ukraine nur begrenzt beeinflussen können, muss der Bundesrat die Folgen in der Schweiz möglichst aktiv bewältigen. Es gilt zu agieren, statt zu reagieren.

Starker Zusammenhalt im Schengenraum

Unmittelbar nach Kriegsbeginn stand die Koordination auf europäischer Ebene im Zentrum. Drei Tage nach dem Angriff traf ich mich in Brüssel mit den Innenministern des Schengenraums. Die Stimmung vor Ort wird mir wohl immer in Erinnerung bleiben. Sie war geprägt von Ernsthaftigkeit und Entschlossenheit und dem Willen, dem ukrainischen Volk zu helfen und unsere freiheitlichen Werte zu verteidigen. Rasch wurden die nötigen Entscheide getroffen und die Modalitäten für die Aufnahme von Millionen von Kriegsvertriebenen koordiniert.

In der Schweiz hat der Bundesrat kurz darauf den Schutzstatus S aktiviert, fast zeitgleich und abgestimmt mit der EU. Seither haben über 66 000 Vertriebene, vor allem Frauen und Kinder, unbürokratisch kollektiven Schutz in unserem Land erhalten. Eine gute und enge Koordination mit den Kantonen wurde im Rahmen des Sonderstab Asyl (SONAS) erreicht, den ich im März eingesetzt habe. Dieser musste sich sofort vielen Herausforderungen wie Registrierung, Unterbringung und Betreuung der Vertriebenen stellen.

Gleich zu Beginn habe ich auch die Sozialpartner einbezogen, um bessere Voraussetzungen für Integration in den Arbeitsmarkt zu schaffen. Arbeit gibt den Geflüchteten Halt und Unabhängigkeit; sie hilft auch, die Kompetenzen zu erhalten für eine spätere Rückkehr in die Heimat. Das Ziel ist: Arbeit vor Sozialhilfe.

Bundesrätin Karin Keller-Sutter auf dem Weg zu einem ausserordentlichen Treffen der EU-Innenminister drei Tage nach Kriegsbeginn.

«Wer Schutz braucht, soll ihn in der Schweiz erhalten. Wer keine Schutzgründe geltend machen kann, muss zurückkehren.»

September 2022: Bundesrätin Keller-Sutter und der österreichische Bundesinnenminister Karner einigen sich auf einen gemeinsamen Aktionsplan gegen irreguläre Migration.

Kurz- und mittelfristige Zukunft vorbereiten

Kurz vor dem Winter bereiten sich die internationale Gemeinschaft, Bund, Kantone und Gemeinden auf einen möglichen Anstieg von Schutzsuchenden vor. Gleichzeitig unterstützt die Schweiz in der Ukraine auch Projekte, welche die provisorischen Unterkünfte für Vertriebene vor Ort winterfest machen.

Auch wenn die Voraussetzungen für eine Aufhebung des Status S gegenwärtig nicht erfüllt sind, müssen wir bereits jetzt die Rückkehr der Schutzsuchenden in ihre Heimat vorbereiten. Zur Erinnerung: Der Schutzstatus S ist rückkehrorientiert. Wir müssen einen Plan haben, wenn dereinst die Rückkehr der Geflüchteten in ihre Heimat wieder möglich sein wird. Mein ukrainischer Amtskollege sagte mir im Juli, dass die Ukraine ihre Bürger für den Wiederaufbau des Landes braucht.

Längerfristig gilt es, Bilanz zu ziehen zur erstmaligen Anwendung des Schutzstatus S. Bereits im Juli nahm die Evaluationsgruppe des Status S ihre Tätigkeit auf. Diese Gruppe besteht aus Persönlichkeiten mit viel Erfahrung in der Migrationspolitik. Ihre Aufgabe ist es, die Erfahrungen bis im Sommer 2023 auszuwerten und aufzubereiten und zu prüfen, ob es allenfalls gesetzlichen Anpassungsbedarf beim Status S gibt.

Was mich in dieser Krise besonders beindruckt, hat, war einerseits die grosse Solidarität in der Bevölkerung. Ohne diese hätten wir es nicht geschafft, für so viele Personen in so kurzer Zeit Unterkünfte zu finden. Andererseits sehen wir, dass die Schweiz krisentauglich ist. Die Institutionen sind gut aufgestellt. Sie sind solide und professionell. Das Entscheidende ist aber eher menschlicher als struktureller Natur: Es braucht eine klare Führung. Man muss die Akteure sehr schnell an einen Tisch bringen und die Kompetenzen dort abholen, wo sie vorhanden sind. Was zählt, ist das Ergebnis: die Hilfe für die Ukrainerinnen und Ukrainer war schnell, beherzt und koordiniert. Darauf kann unser Land stolz sein.

Die Flüchtlingsbewegungen, die durch den Krieg in der Ukraine ausgelöst wurden, sind Teil der hybriden Kriegsführung Russlands. Sieben Millionen Geflüchtete wurden bislang in Europa aufgenommen. Einige Staaten geraten vor allem auf dem Hintergrund der weiteren Fluchtbewegungen in Richtung Europa an ihre Belastungsgrenze. Ich setze mich deshalb in der Schweiz und auf europäischer Ebene weiterhin dafür ein, dass wir die irreguläre Migration bekämpfen. Wer Schutz braucht, soll ihn in der Schweiz erhalten. Wer keine Schutzgründe geltend machen kann, muss zurückkehren.

Karin Keller-Sutter, Bundesrätin

März 2022: Besuch im Bundesasylzentrum Basel.

Kick-off-Veranstaltung der Evaluationsgruppe Status S im Juli 2022.

Gespräch mit Margaritis Schinas, Vizepräsident der EU-Kommission, im März 2022.

Session im Schnellzugtempo

Überblick der wichtigsten Geschäfte der Herbstsession

Die eidgenössischen Räte haben in der Herbstsession insbesondere in der Energiepolitik bedeutsame Beschlüsse gefasst. Während es in der Energie- und Umweltpolitik kaum ein Halten gab, wurde die Abschaffung des Eigenmietwerts einmal mehr ausgebremst.

Der Schweizer Politbetrieb zeichnet sich im Normalfall durch eine gewisse Behäbigkeit aus und langwierige Gesetzesprozesse sind Usus. Nicht so in der vergangenen Herbstsession. Die eidgenössischen Räte haben im Krisenmodus wegweisende Beschlüsse im Eilverfahren gefasst, deren Auswirkungen noch nicht im Detail abschätzbar sind. Ein Überblick über die wichtigsten Entscheide:

Indirekter Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative

Nachdem in der Sommersession der Nationalrat den indirekten Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative als Erstrat beraten hatte, war nun der Ständerat an der Reihe. Mit dem Ziel, die Vorlage bis Ende Session fertigzuberaten, konnten die wichtigsten Differenzen rasch bereinigt werden und die Vorlage in der Schlussabstimmung mit deutlichem Mehr angenommen werden.

In der Gesamtbeurteilung hat die FDP den überparteilichen Kompromiss mitgetragen. Dank diesem können im Gesetz verbindliche Etappenziele auf dem Weg zu Netto-Null-Treibhausgasemissionen bis ins Jahr 2050 gesteckt werden. Daneben gehören die Förderungen von neuen Technologien und ein grosszügig ausgestattetes Ersatzprogramm von Heizungen dazu. Vor allem der letzte Teil der Vorlage ist nicht nach den Vorstellungen der Freisinnigen zustande gekommen. Im Sinne des Kompromisses trägt man aber auch diesen Teil mit. Damit zeigen sich auch die Initianten zufrieden, die angekündigt haben, dass sie ihre Initiative zurückziehen wollen. Da ein Referendum lanciert wurde, dürfte dennoch eine Volksabstimmung stattfinden.

Erneuerbare Energie-Initiative

Im Kontext der Beratung des indirekten Gegenvorschlags zur Gletscher-Initiative hat der Ständerat beschlossen, auch einen dringlichen Beschluss zugunsten des Ausbaus von Solarenergie in der Schweiz einzuführen. Dieser wurde im Verlauf der Beratungen abgespalten und nach einer dringlichen Differenzbereinigung durch den National- und Ständerat in der Schlussabstimmung deutlich angenommen. Damit wurde im Rekordtempo ein rascher Ausbau von erneuerbaren Energien beschlossen.

Mit dieser neuen Vorlage sollen innerhalb sehr kurzer Frist mehr Stromkapazitäten in der Schweiz geschaffen werden. Mit diesem Gesetz soll im Kern der Zubau von mehr einheimischem Winterstrom beschleunigt werden. Neben einem erleichterten Bewilligungsverfahren für Photovoltaik-Grossanlagen in den Bergen wird es auch eine Solar-Pflicht für bestimmte Neubauten geben. Dass diese Regel nicht für alle Neubauten gilt, ist auch das Verdienst der FDP.Die Liberalen-Fraktion, die sich erfolgreich für eine Einschränkung eingesetzt hat. Zudem beinhaltet sie auch noch eine Beschleunigung beim Ausbau der Grimsel- Staumauer.

Weitere Massnahmen zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen

Das Bundesparlament hat ein weiteres Paket zur Eindämmung des Kostenanstiegs im Gesundheitswesen verabschiedet. Das Paket sieht Vereinfachungen bei der Zulassung parallel-importierter Medikamente vor. Zudem wird ein Beschwerderecht für Krankenkassenverbände eingeführt, um gegen Spitalplanungs-Entscheide in den Kantonen vorzugehen.

Lange umstritten war eine Bestimmung, wonach die Tarifpartner die Kosten überwachen und Korrekturmassnahmen ergreifen, sobald sich die Kostenentwicklung nicht durch Faktoren wie die Alterung der Bevölkerung erklären lässt. Der Durchbruch bei dieser letzten Differenz gelang dank eines Kompromissvorschlags der ständerätliche Gesundheitskommission, welcher ein Monitoring der Kostenentwicklung und Korrekturmassnahmen vorsieht, allerdings ohne Eingriffsmöglichkeiten für Bund und Kantone, falls sich die Tarifpartner nicht

einigen können. Die Tarifpartnerschaft bleibt somit gewahrt, weitere staatlichen Eingriffsmöglichkeiten wurden gestrichen.

In der Gesundheitspolitik geht es Schlag auf Schlag weiter. Nebst den zahlreichen hängigen Geschäften (u.a. EFAS, indirekter Gegenvorschlag Kostenbremsinitiative) wird sich das Parlament mit einem zweiten Kostendämpfungspaket befassen. Die entsprechenden Arbeiten werden im nächsten Quartal durch die vorberatende Kommission des Nationalrats aufgenommen. Die FDP wird sich auch bei dieser Vorlage für ein qualitativ hochstehendes Gesundheitswesen einsetzen, dessen Kosten nicht aus dem Ruder laufen. Unsere Stossrichtung haben wir kürzlich in einem Forderungspapier aufgezeigt.

Destruktive Rückweisung verhindert Vorwärtskommen bei der Abschaffung des Eigenmietwerts

Bereits 2017 wurde die Vorlage für den Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung eingereicht. Fünf Jahre später war nun der Nationalrat in der Herbstsession als Zweitrat an der Reihe, um eine Lösung zu zimmern. Das zeugt bereits von der Komplexität der Materie wie auch von der Schwierigkeit, eine mehrheitsfähige und saubere Lösung auszuarbeiten. Dass nach dem Beschluss des Ständerats in der Herbstsession vor einem Jahr noch nichts in Stein gemeisselt ist, war bereits im Vornherein klar, aber zumindest wurde die Diskussion um die Abschaffung des Eigenmietwerts wieder ins Rollen gebracht.

Im gleichen Sinne hat die WAK-N das Geschäft vorberaten. Zwar kann die Vorlage der WAK-N als «Maximalvariante» erachtet werden, so stellt sie jedoch eine gute Diskussionsgrundlage dar. Die FDP hat zudem stets betont, dass sie offen für Kompromisse ist. Zur Beratung der Vorlage ist es jedoch gar nicht gekommen: Der Nationalrat trat zwar auf die Vorlage ein, wollte die Abschaffung des Eigenmietwertes aber noch nicht beraten und schickte die Vorlage auf eine Zusatzrunde zurück in die Kommission. Nun soll eine Subkommission eingesetzt und die Kantone sollen mehr in die Diskussion miteinbezogen werden. Dieser Rückweisungsantrag der Mitte fand leider eine Mehrheit, nur die FDP und die SVP stellten sich dagegen. Aus Sicht der FDP bleibt es unrealistisch, dass innerhalb eines Jahres eine bessere Vorlage auf dem Tisch liegt, auch da sich die Zusammensetzung der vorberatenden Kommission nicht ändert. Die Mitte hat somit eine konstruktive Diskussion abgewürgt, bevor diese überhaupt geführt werden konnte. Damit wird die überfällige Abschaffung des Eigenmietwerts einmal mehr unnötig verzögert. Es bleibt das Ziel der FDP, dieser schädlichen Steuer ein Ende zu bereiten und damit den Mittelstand und auch zukünftige Wohneigentümer zu entlasten.

Damien Cottier.

Damien Cottier,
Fraktionspräsident und Nationalrat NE

perspektiveschweiz.ch

Für eine Zukunft mit Perspektive

Liebe Bewohnerinnen und Bewohner unseres Landes

Wir sorgen uns um die Zukunft unseres Landes. Als Dachverbände der Schweizer Wirtschaft und der Schweizer Landwirtschaft wollen wir deshalb zukünftig noch enger und aktiver zusammenarbeiten.

Wir bündeln unsere Kräfte, um Stabilität und Sicherheit zu erzielen. Unsere Zusammenarbeit basiert auf wirtschafts-, landwirtschafts- und gesellschaftspolitischen Themen, die wir zum Wohle aller gemeinsam bearbeiten und voranbringen wollen.

Liegt uns doch daran, dass die Bewohnerinnen und Bewohner unseres Landes die gesellschaftliche Bedeutung der Wirtschaft kennen und erkennen. Nur eine starke Wirtschaft und Landwirtschaft sorgen für attraktive Arbeitsplätze und Lehrstellen, für angemessene Einkommen, für genügend Lebensmittel und Energie, für sichere Sozialwerke sowie für eine nachhaltige Klimapolitik.

Wir werben für eine wirtschafts- und landwirtschaftsfreundliche Politik. Wir werben für eine Politik mit Perspektive!

PERSPEKTIVE SCHWEIZ

Christoph Mäder
Präsident
economiesuisse

Fabio Regazzi
Präsident Schweizerischer Gewerbeverband sgv

Valentin Vogt
Präsident Schweizer Arbeitgeberverband

Markus Ritter
Präsident Schweizer Bauernverband

economiesuisse

sgv usam

SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND
Die Arbeitgeber

Schweizer Bauernverband
Union Suisse des Paysans
Unione Svizzera dei Contadini
sbv usp usc

Die wiedergewählten Regierungsräte Andreas Hostettler (links) und Florian Weber.

Wahlkampf bis zur letzten Minute

FDP gewinnt in Zug

Ständerat Matthias Michel gratuliert Etienne Schumpf zur Wahl in die Zuger Stadtregierung.

Zufrieden Gewählte von links: Urs Andermatt, Michael Arnold, Karl Bürgler (alle Kantonsrat) sowie Mark Gustafson (Gemeinderat Baar).

Cédric Schmid hat als Präsident der FDP Zug seine Partei zum Sieg geführt. Im Interview spricht Schmid über die Bedeutung der Door-to-Door-Kampagne und wieso in den Tagen vor der Wahl noch ein besonderer Einsatz erforderlich war.

Nur eine Woche nach dem eidgenössischen Abstimmungssonntag wurden die Zugerinnen und Zuger erneut an die Urne gerufen. Im Zentralschweizer Kanton stand am 2. Oktober ein Super-Sunday an. An den Gesamterneuerungswahlen wurden sämtliche Exekutiv- und Legislativämter im Kanton und in allen Gemeinden erneuert. Die FDP gehörte an diesem Wahlsonntag zu den Gewinnerinnen. Die beiden bisherigen Regierungsräte Andreas Hostettler und Florian Weber wurden souverän wiedergewählt und im Kantonsrat legte die FDP zwei Sitze zu und ist neu zweitstärkste Partei im Kanton.

Wie hast du als Präsident der FDP Zug den Wahlsonntag erlebt?

Cédric Schmid: Es war ein intensiver, aber natürlich sehr erfreulicher Tag. Kurz vor 14 Uhr erhielt ich die ersten Resultate aus der Berggemeinde Menzingen, wo wir den Wähleranteil erhöht haben und ein Gemeinderatssitz haben erobern können. Danach ging es schnell: eine Gemeinde nach der anderen meldete: FDP legt zu! Mit all diesen News folgten die riesige Erleichterung und damit auch zahlreiche Gratulationen – auch von Thierry Burkart, was mich besonders gefreut hat.

Wurde nach dem Sieg noch kräftig gefeiert?

Aber natürlich! In fast allen Gemeinden fanden Wahlfeiern statt bis tief in die Nacht hinein. Einige Kandidierende und Wahlhelfer haben den Start in die Arbeitswoche etwas später begonnen. Dieser Wahlsieg hat uns allen gutgetan – alle sind topmotiviert und bereit, die neue Legislaturperiode in Angriff zu nehmen!

Wie anspruchsvoll waren die letzten Tage vor der Wahl?

Sehr anspruchsvoll. In der letzten Woche vor dem Super-Sunday erfuhren wir, dass der Rücklauf der Wahlcouverts sehr tief sei. Deshalb haben wir noch einmal im persönlichen Umkreis potenzielle freisinnige Wähler kontaktiert und motiviert, wählen zu gehen. Die daraus erhaltenen Rückmeldungen zeigten uns: dieser Kraftakt hat sich gelohnt. Viele bedankten sich für den persönlichen «Reminder» und gingen zur Urne. Dies ist nur eine von verschiedenen Massnahmen, die wir in der letzten Woche noch getroffen haben.

Zwei Sitze im Kantonsrat gewonnen (neu 18) und beide Regierungsräte souverän wiedergewählt. Bist du zufrieden?

Grundsätzlich schon. Die FDP hat das erste Mal seit 1994 wieder Sitze im Kantonsrat gewonnen. Eines unserer erklärten Ziele waren 19 Sitze im Kantonsrat, also ein Gewinn von drei Sitzen. Wenn jener in der Stadt Zug nicht verloren gegangen wäre, hätten wir es geschafft. Alle anderen Ziele haben wir aber gut erreicht – insbesondere freuen mich die hervorragend wiedergewählten Regierungsräte und auch, dass 33 Prozent aller Gemeinderatssitze in FDP-Hand sind.

Wäre sogar noch mehr drin gelegen?

Bei einem Wähleranteil von 21,9 Prozent könnte man im Grundsatz zufrieden sein. Trotzdem sage ich, es liegt noch mehr drin. Bei den zugewanderten, welche eher liberal sind und auch aus unternehmerischen Kreisen stammen, haben wir das grösste Potenzial. Dies zeigen insbesondere die Resultate aus der Stadt Zug und auch die in der Gemeinde Risch/Rotkreuz. Ganz nach dem Motto «Nach den Wahlen ist vor den Wahlen» gilt es, dieses Potenzial aufzubauen, damit wir im Kanton Zug in den nächsten Wahlen wieder mit positiven Zahlen glänzen können.

Was nimmst du von diesem Wahlkampf mit?

«Die Wahlen sind erst am Wahlsonntag um 12 Uhr fertig.»

Viel Erfahrung. Der direkte Kontakt und der intensive Austausch mit den Sektionsparteien war enorm wichtig, wie auch der frühe Beginn der Wahlvorbereitungen. Im Zentrum der intensiven Vorbereitungsarbeiten lag die Wahl unseres Wahlslogans. Nach intensiven internen Diskussionen und verschiedenen, tiefgründigen Meinungsfindungsprozessen entschieden wir, das Claim «Lebensqualität» zu wählen. Dieser Prozess förderte auch den Zusammenhalt in der Partei – eine wichtige Voraussetzung, um Wahlen zu gewinnen.

Auch die Door-to-Door-Kampagne war eine Schlüsselaktion. In den Gemeinden, in denen wir auf Door-to-Door gesetzt haben, gab es die grösseren Gewinne. Eine weitere Erkenntnis ist die Bedeutung von Social Media. Heutzutage ist es unumgänglich, dass Kandidierende während des Wahlkampfes kurze Videos mit einer Botschaft auf allen möglichen Kanälen verbreiten. Dies ersetzt aber keinesfalls die persönlichen Begegnungen auf der Strasse, in Vereinen und verschiedenen, regionalen Kreisen.

Cédric Schmid führte die FDP Zug als Präsident zum Erfolg.

Welche Tipps hast du für die Kantonalparteien, die nächstes Jahr kantonale Wahlen haben?
Kurz und bündig: Die Wahlen sind erst am Wahlsonntag um 12 Uhr fertig, keine Minute vorher. Bis dahin muss man dranbleiben und die Leute mobilisieren, dass sie tatsächlich wählen gehen. Die letzte Woche vor den Wahlen darf keinesfalls unterschätzt werden!

Interview: **Marco Wölfli**

Die FDP will künftig mehr Personen in den Baselbieter Landrat entsenden.

Einsatz für den Menschen

Machen statt nur wollen

Nationalrätin Daniela Schneeberger ist überzeugt, dass ihre Kantonalpartei bei den kommenden Wahlen zu den Gewinnern gehört. Die FDP Baselland rückt die Wählerinnen und Wähler konsequent in den Fokus.

Am 12. Februar 2023 finden im Baselbiet die kantonalen Wahlen statt. 90 Kandidatinnen und Kandidaten für die Landratswahlen sowie die bisherige Regierungsrätin Monica Gschwind für die Regierungsratswahlen treten an. Klar, fiebere ich auch mit. Die FDP Baselland hat sich entschieden, die Kampagne anders und innovativer aufzugleisen als bisher. So stellen wir bewusst den Menschen – also die Wählerinnen und Wähler – in den Fokus, das heisst, wir wollen auf leere Floskeln und polemische Versprechungen verzichten. Unter unserem Leitsatz «zuverlässig liberal» wollen wir ins Doppelwahljahr starten. Unser Leitmotiv ist, dass Baselbieterinnen und Baselbieter ihr Leben selbstbestimmt gestalten können. Für Herausforderungen finden wir Lösungen. Sei dies bei der Überwindung der Stromkrise, im Kampf für eine zeitgemässe Bildung und in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Eben: zuverlässig liberal, und dies seit über 100 Jahren!

Probleme erkennen und lösen

Der Anspruch ist hoch, denn den Menschen in den Fokus zu stellen braucht sehr viel Engagement – sei es vom Wahlkampfteam, aber vor allem auch von den Kandidatinnen und Kandidaten. Es reicht nicht, sich im stillen Kämmerchen einen Slogan zu überlegen und dann für die sozialen Medien die blauen Balken auf ein Bild zu legen. Es reicht auch nicht, vergangene Erfolge oder Leistungen zu zeigen. Der Mensch im Fokus heisst Machen. Und zwar konsequent: Probleme erkennen und lösen. Unter den Jungen gibt's dazu einen guten Spruch: Machen ist wie Wollen, nur krasser.

Wir sind also mutig und selbstbewusst: Wir haben die liberalen Köpfe aus dem Baselbiet auf unseren Listen, die sich seit Jahren für ihre Gemeinden, für den Kanton und für den Freisinn einsetzen.

Unsere bisherige Regierungsrätin tritt nochmals an. Gemeinsam mit dem bisherigen Regierungsrat Anton Lauber von der «Mitte» und der SVP, welche die Nationalrätin Sandra Sollberger (neu) für den abtretenden Thomas Weber stellen. Zusammen bilden wir die sogenannte «Bürgerliche Allianz» und wollen die bürgerliche Mehrheit (das heisst drei von fünf Sitzen) in der Baselbieter Regierung behalten.

Als FDP haben wir zurzeit 17 von 90 Sitzen im Landrat, dies entspricht einem Wähleranteil von 17,4 Prozent. Wir sind damit die drittstärkste Partei (SP 22,84 Prozent vor SVP 22,66 Prozent). Unser Ziel ist klar: die SP überholen. Dafür werden wir kämpfen.

Daniela Schneeberger, Nationalrätin BL

900 Freisinnige starten gemeinsam ins

Erfolgreicher Parteitag in Burgdorf

Die FDP ist bereit für einen erfolgreichen Wahlkampf. Präsident Thierry Burkart rief die rund 900 Freisinnigen auf, für Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt zu kämpfen und gemeinsam die Wahlen 2023 zu gewinnen.

Exakt ein Jahr vor den eidgenössischen Wahlen stimmte sich die FDP.Die Liberalen im Beisein von Bundespräsident Ignazio Cassis und Bundesrätin Karin Keller-Sutter gemeinsam auf den Wahlkampf ein. Parteipräsident Thierry Burkart betonte in seiner Rede, dass die FDP für klare Positionen steht: «In den letzten Monaten hat es die FDP geschafft, wieder Themenführer zu sein. Gerade in der Sicherheits-, Energie- und Wirtschaftspolitik mussten sich die Parteien links und rechts von uns an der FDP abarbeiten – und nicht wir an ihnen. Wir haben in der Öffentlichkeit auf breit diskutierte und breit akzeptierte Themen gesetzt. So wie es sich gehört für diejenige politische Kraft, die dieses Land mit Abstand am meisten geprägt und gestaltet hat und es auch in Zukunft tun wird.»

Parteipräsident Thierry Burkart betonte den Wert liberaler Lösungen.

Das liberale Feuer brennt für einen erfolgreichen Wahlkampf 2023.

Der liberale Publizist Ferghane Azihari kam aus Paris an den Tag der FDP.

Bundesrätin Karin Keller-Sutter und Bundespräsident Ignazio Cassis im Gespräch mit Parteipräsident Thierry Burkart.

Matthias Müller, Präsident Jungfreisinnige, sprach über die Renteninitiative.

Rede von Fraktionspräsident Damien Cottier.

Parteipräsident Thierry Burkart (links) bedankt sich bei alt Bundesrat Kaspar Villiger für seine Rede.

Wahljahr

Das Präsidium mitsamt Generalsekretär ist bereit für den Wahlkampf. Fotos: Yannic Reber

Spektakuläre Akrobatik, um die erfolgreich eingereichte Individualbesteuerungsinitiative zu feiern.

Nationalrätin und Präsidentin der FDP Frauen, Susanne Vincenz-Stauffacher, dankt allen Beteiligten für den Einsatz zugunsten der Individualbesteuerung.

Nationalrat und Wahlkampfleiter Philippe Nantermod schwört die FDP auf den Wahlkampf ein.

Ständerätin Johanna Gapany und Nationalrat Andri Silberschmidt sprachen über die Herausforderungen in der Altersvorsorge.

Freisinnige aus der ganzen Schweiz reisten nach Burgdorf.

Medienkonferenz mit den Verbandspräsidenten von links nach rechts: Fabio Regazzi (sgv), Valentin Vogt (SAV), Christoph Mäder (economiesuisse) und Markus Ritter (SBV).

Für eine Zukunft mit Perspektive

Verbände werben für wirtschafts- und landwirtschftsfreundlichere Politik

Einer wirtschafts- und landwirtschaftsfreundlicheren Politik zum Durchbruch zu verhelfen, ist das Ziel einer gemeinsamen Kampagne der Dachverbände der Schweizer Wirtschaft und der Landwirtschaft. Die Kampagne soll das Bewusstsein für wirtschaftliche und landwirtschaftliche Themen steigern sowie als Plattform für die National- und Ständeratswahlen dienen.

Die Dachverbände der Wirtschaft und der Landwirtschaft, namentlich Economiesuisse, der Schweizerische Gewerbeverband sgv, der Schweizerische Arbeitgeberverband und der Schweizer Bauernverband, wollen – zum Wohl unseres Landes – einer wirtschafts- und landwirtschaftsfreundlicheren Politik vermehrt zum Durchbruch verhelfen.

Geeinte Allianz bei Abstimmungen und Wahlen

Für die Volksabstimmungen vom 25. September 2022 setzten sie mit der Parole «1× Nein, 3× Ja» bereits gemeinsame Massnahmen um. Die Abstimmungsresultate zeigten, dass eine starke und geeinte Allianz vieles bewegen und Mehrheiten sichern kann. Dieselbe Allianz will sich nun auch hinsichtlich der National- und Ständeratswahlen im nächsten Jahr engagieren. Die vier Verbände lancieren deshalb eine gemeinsame Kampagne mit dem Titel «Perspektive Schweiz».

Die Bewohnerinnen und Bewohner unseres Landes sollen die gesellschaftliche Bedeutung der Wirtschaft und der Landwirtschaft kennen und erkennen. Sorgt doch die Wirtschaft für attraktive Arbeitsplätze und Lehrstellen, für angemessene Einkommen, für genügend Lebensmittel und Energie, für sichere Sozialwerke sowie für eine nachhaltige Klimapolitik. Solche Zusammenhänge will die Kampagne in den nächsten Monaten aufzeigen.

Wirtschaftspolitische Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit der Verbände fokussiert vorerst auf die Themenfelder «Sicherheit und Stabilität», «sichere Sozialwerke», «Berufsbildung», «Nachhaltigkeit», «Ernährungssicherheit» sowie auf eine «zukunftsorientierte Energieversorgung».

Alle Beteiligten sind sich bewusst, dass unsere schnelllebige Zeit einen hohen Grad an Flexibilität erfordert. Wichtig ist, dass dabei der Kompass und die Perspektive übereinstimmen. Die über 600 000 Schweizer Unternehmen mit ihren über 4,5 Millionen Beschäftigen sind es sich gewohnt, täglich agil und schnell zu reagieren. Das Gleiche soll auch für die politische Allianz der Verbände und die zu bearbeitenden Themenfelder gelten.

Eine Politik mit Perspektive

Die Verbandskampagne startete mit speziellen Plakat-, Inserate- und Social-Media-Aktionen zum Thema «Perspektive Schweiz». In einer späteren Phase werden thematische Fragen in den Vordergrund gerückt. Die Dachverbände und ihre Vertreterinnen und Vertreter werben für eine wirtschafts- und landwirtschaftsfreundlichere Politik. Sie werben – zum Wohl unseres Landes und zugunsten aller – für eine realistische Politik mit Perspektive!

Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt (rechts) bespricht sich mit seinem Kommunikationschef Andy Müller.

Mehr Infos zu Perspektive Schweiz.

Die FDP legt zu

Positiver Trend bestätigt sich

Gemäss der SRG-Umfrage gewinnt die FDP ein Prozent. Das gute Ergebnis ist eine Fortsetzung der Erfolge in mehreren kantonalen Wahlen und sorgt für Schwung im kommenden Wahlkampf.

Das SRG-Wahlbarometer, das Ende Oktober veröffentlicht wurde, zeigt es deutlich: Der positive Trend bei der FDP hält an. Die Umfrage der SRG weist für die FDP einen Gewinn von einem Prozent gegenüber den Wahlen 2019 auf. Damit würde die FDP auf einen Wähleranteil von 16,1 Prozent kommen und praktisch gleichauf mit der SP liegen. Die FDP und die SVP sind die einzigen Bundesratsparteien, die verglichen mit den Wahlen 2019, zulegen; die SVP in geringerem Masse (plus 0,5 Prozent im Vergleich zu 2019). Die grössten Verlierer wären die Grünen, die im Vergleich zu 2019 einen erheblichen Verlust von minus 1,5 Prozent hinnehmen müssten. Die Grünliberalen legen um 1,5 Prozent zu. Die SP und die FDP liefern sich also ein Kopf-an-Kopf-Rennen um den zweiten Platz. So wie die Tamedia-Umfrage vom August 2022, die der FDP einen Anstieg auf 16,4 Prozent der Wählerstimmen vorhersagte, le-gen wir auch gemäss dieser SRG-Umfrage zu. Die Kohärenz zwischen den beiden Umfragen bestätigt den erfreulichen Trend.

Positiver Einfluss von Thierry Burkart

Umfragen sind aber keine Wahlergebnisse. Seit 2015 hat sich die FDP das Ziel gesetzt, die SP zu überholen. Um dieses Ziel zu erreichen, dürfen wir auf keinen Fall nachlassen. Die FDP konnte auf Bundesebene an Profil gewinnen. Das neue Präsidium um Thierry Burkart hat für neuen Schwung gesorgt. Die Positionen sind klar und reagieren präzise auf die aktuellen politischen Herausforderungen. Zudem konnte die Partei mit der Einreichung der Renten- und der Individualbesteuerungsinitiative punkten und unsere FDP-Politik im Dienste der Bevölkerung in den Vordergrund stellen. Die Wirkung des neuen Präsidiums zeigt sich auch daran, dass Thierry Burkart die grösste Zustimmung aller Parteipräsidenten geniesst. 67 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass sein Einfluss positiv ist. Nur gerade 2 Prozent beurteilen Burkarts Wirken als negativ.

Klare Positionierung der FDP

Die FDP hat auch die Antworten auf die wichtigsten politischen Herausforderungen, die in der Umfrage hervorgehoben wurden: Die FDP hat kürzlich Stellung bezogen zur Sicherheit der Stromversorgung, zur Gesundheitspolitik, um den Anstieg der Krankenkassenprämien einzudämmen und wir haben zahlreiche Vorschläge für eine starke Altersvorsorge formuliert. Schliesslich antwortet die FDP auch auf Umwelt- und Klimafragen, insbesondere über ein auf drei Säulen basierendes Konzept für das neue CO_2-Gesetz. Die Versorgungs- und Energiesicherheit gehört für alle Parteiwählerschaften zu den wichtigsten politischen Herausforderungen. Speziell für die Wählerschaft der FDP sind die Wirtschafts- und Wettbewerbsfähigkeit sowie die Reform der Altersvorsorge weitere Top 3 der wichtigsten Herausforderungen der Politik.

Das Ende des Hypes um die Grünen zeigt, dass es keinen triftigen Grund gibt, die Zusammensetzung des Bundesrats zu ändern. Massgebend darf nicht allein der Wähleranteil im Nationalrat sein. Die FDP ist als staatstragende Partei auf kantonaler Ebene mit insgesamt 531 Sitzen breit verankert. Dies entspricht 20,5 Prozent aller kantonalen Sitze – 10 Sitze weniger als die SVP und deutlich mehr als die SP (445), die Mitte (425) und die Grünen (266).

KOLUMNE

Appell an den Föderalismus

Seit 1848 funktioniert die Schweiz als Bundesstaat, der eine Einheit der Vielfalt unseres Landes bildet. Es hat sich bewährt, dass der Bund nur jene Aufgaben übernimmt, die nicht auf einer anderen Ebene erfüllt werden können, oder eine einheitliche Regelung benötigen. Ein Beispiel ist die Corona-Pandemie, in der gesamtschweizerische Vorgaben und eine zentrale Verwaltung nötig waren. Das zeigt auch die finanzielle Bilanz: Zwischen 85% und 90% der Ausgaben wurden vom Bund getragen. Hierbei gilt zu berücksichtigen, dass die Covid-Pandemie eine aussergewöhnliche Situation war und aussergewöhnliche Massnahmen erforderte.

Nichtsdestotrotz ist es bedenklich, wie rasch nach mehr Zentralisierung gerufen wird und die Stärken des Föderalismus vergessen gehen. Wenn es um das Bezahlen der Rechnung geht, lässt man zunehmend dem Bund den Vortritt. Dabei deutet nichts darauf hin, dass Zentralisierung Kosten senkt – ganz im Gegenteil. Föderalismus garantiert nicht nur Vielfalt in der Einheit, sondern gewährleistet auch eine gewisse finanzpolitische Disziplin.

Diese ist umso notwendiger, da die Bundesfinanzen arg strapaziert sind und sich der Handlungsspielraum verkleinert. Die ausserordentliche Verschuldung aufgrund der Covid-Pandemie beläuft sich auf rund 26 Milliarden Franken. Zudem werden die Vorgaben der Schuldenbremse ab 2024 nicht mehr eingehalten. Ein strukturelles Defizit von über einer Milliarde Franken ist denkbar.

Wie konnte das passieren? Gründe sind die Covid-Pandemie, der Krieg in der Ukraine, die Energiekrise. Zudem führt die demografische Entwicklung zu mehr Kosten in der Altersvorsorge und im Gesundheitswesen. Auch in den Bereichen Klima, Armee, Forschung, Migration und soziale Sicherheit sind Mehrausgaben zu erwarten. Um aus dieser Kostenspirale auszubrechen, braucht es etwas Fantasie. Da die einfachsten Ideen oft vergessen werden, müssen wir den guten alten Föderalismus in Erinnerung rufen. Er kann mithelfen, die Ausgabendisziplin des Staates zu verbessern.

Johanna Gapany,
Parteivizepräsidentin und Ständerätin FR

Thierry Burkart
Ständerat

«Wenn die Schweiz auch in Zukunft technologisch zur Weltspitze gehören will, sind wir auf 5G angewiesen.»

Josef Dittli
Ständerat

«5G macht es möglich, Menschen und Dinge so zu vernetzen, dass der technologische Fortschritt den Bedürfnissen der Gesellschaft entspricht.»

Marcel Dobler
Nationalrat

«Die Schweiz braucht die bestmöglichen technologischen Rahmenbedingungen, um sich weiter zu entwickeln und die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Darum setze ich mich für das Schlüsselprojekt 5G ein.»

Olivier Français
Ständerat

«Die Schweiz muss die Rahmenbedingungen für die Einführung von 5G schaffen, damit Wirtschaft und Gesellschaft auch zukünftig von einem hochqualitativen Mobilfunk profitieren können.»

Johanna Gapany
Ständerätin

«Jede Veränderung löst Ängste aus. Aber 5G bietet auch viele Chancen. Diese Kampagne ist eine gute Gelegenheit, volle Transparenz zu schaffen und das Beste aus einer Technologie herauszuholen, die uns ermöglicht, es mit weniger Mitteln besser zu machen.»

Philippe Nantermod
Nationalrat

«Die Schweiz ist die Weltmeisterin der Innovation. Wir brauchen einen Zugang zu neuen Technologien und 5G gehört dazu. Auf ihren Einsatz zu verzichten wäre ein Fehler und würde uns grosse Nachteile bringen.»

Maja Riniker
Nationalrätin

«5G ist Vernetzung und Innovation zugleich. Es bietet einem die Freiheit und Möglichkeit von überall in der Schweiz zu jeder Zeit zu arbeiten, die Freizeit zu geniessen und mit der Welt verbunden zu sein.»

Andri Silberschmidt
Nationalrat

«Wir müssen in zukunftsfähige Infrastrukturen investieren, so dass die Arbeitsplätze von morgen in der Schweiz und nicht woanders geschaffen werden.»

Christian Wasserfallen
Nationalrat

«5G ist als Weiterentwicklung in der Telekommunikation der Schlüssel für die Zukunft, um mobiles Arbeiten massiv zu verbessern oder Geschäftsprozesse in Echtzeit abwickeln zu können.»

Hans Wicki
Ständerat

«5G ist für Innovation und neue Anwendungen enorm wichtig. Wir ermöglichen damit Arbeitsplätze, und zwar in der ganzen Schweiz. Dank 5G werden auch ländliche Regionen mit schnellem Internet erschlossen und nicht vom Fortschritt abgehängt.»

Wir alle unterstützen CHANCE5G – helfen auch Sie mit!

www.chance5g.ch/jetzt-unterstuetzen

CHANCE5G
Die Schweiz fortschrittlich verbunden.